

Antrag Ge-08
Jusos Bezirk Hannover**Empfehlung der Antragskommission**
Annahme**Lebensmittelpreise runter!**

1 Der russische Angriffskrieg und die dadurch enorm
2 gestiegenen Energiepreise haben die Inflation in
3 Deutschland in die Höhe schießen lassen. Die Preis-
4 steigerungen betreffen in einem besonderen Maße
5 jene Menschen, die einen großen Anteil ihres Ein-
6 kommens für Konsumgüter ausgeben müssen - al-
7 so Menschen mit niedrigen und mittleren Einkom-
8 men. Der Umgang mit der Inflation ist somit auch
9 eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Als unmittel-
10 bare Reaktion auf die Krise brauchen wir weiterhin
11 wirksame Entlastungsmaßnahmen, die in der aktu-
12 ellen Situation Entlastungen für diejenigen bringen,
13 die unter den Preissteigerungen leiden.

14 Die Inflation betrifft neben den Energiepreisen vor
15 allem die Preise auf Lebensmittel, hier sind die Prei-
16 se im Vergleich zum Vorjahr um fast 20 Prozent ge-
17 stiegen. Die Lebensmittelpreise machen ca. 40 Pro-
18 zent der aktuellen Inflation aus. Armutsbetroffene
19 und prekär lebende Menschen, bei denen die Aus-
20 gaben für Lebensmittel kostenbezogen einen grö-
21 ßeren Anteil an den Gesamtausgaben ausmachen,
22 sind davon besonders betroffen. Die Inflation trifft
23 nicht alle Menschen gleich, sie trifft ärmere Men-
24 schen besonders hart. Die langen Schlangen vor den
25 Tafeln sind Ausdruck der besorgniserregenden Ent-
26 wicklung, dass immer mehr Menschen in Deutsch-
27 land sich nicht mehr ihre Lebensmittel leisten kön-
28 nen. Die Umsatzsteuer auf Lebensmittel erhöht die
29 Preise auf Lebensmittel zusätzlich und verstärkt da-
30 mit die Inflation. Wir lehnen allgemein wirksame in-
31 direkte Besteuerung ohne politische Lenkungswir-
32 kung ab.

33 **Die EU hat angesichts der inflationären Entwick-**
34 **lung die Möglichkeit geschaffen, die Umsatzsteuer**
35 **auf Lebensmittel abzuschaffen. Wir fordern des-**
36 **halb, von dieser Möglichkeit in Deutschland Ge-**
37 **brauch zu machen, um damit einen einmaligen,**
38 **dämpfenden Effekt auf die Preise der Lebensmittel**
39 **zu entfalten.**

40 Die Unternehmen sollen gesetzlich verpflichtet wer-
41 den, die geringeren Kosten über die Preise an die
42 Endverbraucher*innen weiterzugeben.

43 **Um mehr Transparenz über die Lebensmittelpreise**
44 **zu schaffen, soll außerdem ein verpflichtendes Mo-**

Adressat:

SPD-Bundestagsfraktion

45 **Monitoring eingeführt und die Kompetenzen des Bundeskartellamts erweitert werden.**

47 Wie von Verbraucherschützer*innen gefordert, sollen durch Lebensmittelhändler*innen Preisdaten an die Markttransparenzstelle gemeldet werden. Dies ist besonders wichtig, weil die gestiegenen Lebensmittelpreise nicht nur die gestiegenen Energiekosten widerspiegeln, sondern auch auf Mitnahmeeffekte zurückzuführen sind und zum Teil in enormen Unternehmensgewinnen resultieren - Gewinne, die die Inflation antreiben. Dieser Bereicherung auf Kosten der Verbraucher*innen schieben wir einen Riegel vor!